

Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern



Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern
Postfach, 19048 Schwerin

Personalreferate der obersten Landesbehörden
gem. E-Mail-Verteiler

Landesamt für Finanzen – Frau Jahn

Nachrichtlich:

Weitere Dienststellen gem. E-Mail-Verteiler

Bearbeiter: Sabine Weinrowski

Telefon: 0385 / 588-14192

AZ: P 2162-00000-2009/001

(bitte bei Antwort angeben)

E-Mail: Sabine.Weinrowski@fm.mv-regierung.de

Schwerin, 20. Januar 2021

Anspruch von Tarifbeschäftigten auf Kinderkrankentage/-geld im Rahmen der COVID-19-Pandemie für das Kalenderjahr 2021

Anlage: - 1 - (Informationsblatt)

I. Regelung für gesetzlich krankenversicherte Beschäftigte

Zur Betreuung ihres erkrankten Kindes haben gesetzlich krankenversicherte Beschäftigte im Kalenderjahr 2021 einen erhöhten Anspruch auf Kinderkrankentage.

Jeder Elternteil, bei dem die Voraussetzungen des § 45 SGB V vorliegen, hat Anspruch auf 20 (statt bisher 10) Arbeitstage für jedes Kind; Alleinerziehende 40 (statt bisher 20) Arbeitstage. Bei mehreren Kindern besteht ein Anspruch aber insgesamt für nicht mehr als 45 Arbeitstage je Elternteil bzw. für Alleinerziehende für nicht mehr als 90 Arbeitstage.

Das Kinderkrankengeld wird von der Krankenkasse des Beschäftigten gezahlt. Es beträgt 90 Prozent des ausgefallenen Nettoarbeitsentgelts, höchstens 112,88 Euro pro Tag (Höchstgrenze 2021).

Der Anspruch besteht auch dann, wenn Einrichtungen zur Betreuung von Kindern, Schulen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderung von der zuständigen Behörde zur Verhinderung der Verbreitung von Infektionen oder übertragbaren Krankheiten auf Grund des Infektionsschutzgesetzes vorübergehend geschlossen werden, oder deren Betreten, auch auf Grund einer Absonderung, untersagt wird, oder wenn von der zuständigen Behörde aus Gründen des Infektionsschutzes Schul- oder Betriebsferien angeordnet oder verlängert werden oder die Präsenzpflcht in einer Schule aufgehoben wird oder der Zugang zum Kinderbetreuungsangebot eingeschränkt wird, oder das Kind auf Grund einer behördlichen Empfehlung die Einrichtung nicht besucht. Die Inanspruchnahme ist auch möglich, wenn Eltern zwar grundsätzlich im Homeoffice arbeiten könnten, dies aber z.B. nicht mit der Kinderbetreuung zuhause vereinbaren können.

Für die Zeit des Bezugs von Kinderkrankengeld ruht für beide Elternteile der Anspruch auf Entschädigung nach § 56 Abs. 1a Infektionsschutzgesetz.

Hausanschrift:
Finanzministerium
Mecklenburg-Vorpommern
Schloßstraße 9-11
19053 Schwerin

Telefon: 0385 588-0
Telefax: 0385 588-14770
E-Mail: poststelle@fm.mv-regierung.de
Internet: www.fm.mv-regierung.de

Ein Nachweis über die Erforderlichkeit der Kinderbetreuung wird bei Erkrankung des Kindes durch ein ärztliches Attest auf Grundlage von § 45 Abs. 1 SGB V nachgewiesen (Regelung wie bisher). Ist eine pandemiebedingte Betreuung des Kindes zuhause notwendig, also ohne dass das Kind erkrankt ist, ist eine Bescheinigung der Betreuungseinrichtung für den Anspruch auf Kinderkrankentage/-geld erforderlich. Über deren Inhalt oder ggf. weitere Voraussetzungen entscheidet die jeweiligen Krankenkasse. Ärztliches Attest bzw. Bescheinigung der Betreuungseinrichtung sind bei der Krankenkasse und dem Arbeitgeber vorzulegen.

Die gesetzliche Regelung zur Erhöhung der Kinderkrankentage soll in Kürze im Bundesgesetzblatt bekannt gegeben werden (im Artikel 8 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen für ein fokussiertes, proaktives und digitales Wettbewerbsrecht 4.0 und anderer Bestimmungen - GWB-Digitalisierungsgesetz).

II. Regelung für privat krankenversicherte Beschäftigte

Für Beschäftigte, die nicht gesetzlich versichert sind oder deren erkrankte Kinder nicht gem. § 10 SGB V familienversichert sind, besteht gem. § 45 Abs. 5 SGB V im gleichen Umfang lediglich ein Anspruch auf unbezahlte Freistellung.

Ein tariflicher, bezahlter Freistellungsanspruch besteht für diese Beschäftigten nur nach § 29 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e Doppelbuchstabe bb TV-L von bis zu vier Arbeitstagen im Kalenderjahr und auch nur zur Pflege eines schwer erkrankten Kindes unter 12 Jahren. Im Falle der schweren Erkrankung eines weiteren Kindes ist die Freistellungsobergrenze von insgesamt fünf Arbeitstagen nach § 29 Abs. 1 Satz 3 TV-L maßgebend (BAG vom 5. August 2014 – 9 AZR 878/12).

Darüber hinaus kann für Arbeitnehmer nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) ein Anspruch auf Entschädigungsleistungen je Elternteil von bis zu zehn Wochen; für Alleinerziehende von bis zu 20 Wochen bestehen.

Die Entschädigung kann auch dann in Anspruch genommen werden, wenn eine Quarantäneanordnung gegen einzelne Kinder einer Einrichtung vorliegt, von der zuständigen Behörde aus Gründen des Infektionsschutzes Schul- oder Betriebsferien angeordnet oder verlängert werden oder die Präsenzpflicht in einer Schule aufgehoben wird. Also auch in Konstellationen des Distanzlernens im Rahmen der häuslichen Umgebung von Schülerinnen und Schülern oder bei Hybridunterricht.

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht nicht, wenn

- die Schließung der Einrichtungen ohnehin wegen der Schul- oder Betriebsferien bzw. innerhalb der geplanten Schließzeiten erfolgt,
 - ein Arbeiten in Homeoffice möglich ist,
 - Resturlaub aus dem Vorjahr oder ein positives Zeitguthaben vorhanden ist oder
 - eine alternative Betreuung des Kindes bzw. der Kinder sichergestellt werden kann.
- Eine alternative Betreuung ist nur dann ausgeschlossen, wenn weitere im Haushalt lebende Betreuungspersonen ebenfalls nicht in Telearbeit oder Homeoffice tätig werden oder Resturlaub aus dem Vorjahr bzw. Zeitguthaben in Anspruch nehmen können.

Für weitere Erläuterungen zu den Regelungen des IfSG wird auf das Schreiben des Finanzministeriums vom 26. Mai 2020 – P 2000-LAF00-2019/003-017 – verwiesen (im Intranet unter „Finanzministerium/ Fachinformationen/ Abteilung 1/ Informationen zum Tarifrecht“).

Das als Anlage beigefügte Informationsblatt enthält eine Kurzübersicht der v.g. Regelungen und kann gegebenenfalls für eine Information der Tarifbeschäftigten verwendet werden.

Im Auftrag
Gez. Antje Wedepohl